

2578/AB XXI.GP

Eingelangt am:13.08.2001

Bundesminister für Inneres

Die Abgeordneten zum Nationalrat Rudolf Parnigoni und Genossen haben am 27. Juni 2001 unter der Nr.2611/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „eines Profil - Artikels über die Zukunft der Staatspolizei“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1

Es ist nicht bekannt, aus welchem Papier „Profil“ zitiert.

Zu Frage 2

In einer Klausur wurden Schwerpunkte der Arbeit für das nächste Halbjahr festgelegt, insbesondere um die Vorgaben im Regierungsprogramm umzusetzen.

Zu den Fragen 3 bis 7

Eine Vorgabe des Regierungsübereinkommens ist die Zieldefinition der Staatspolizei und die Schaffung geeigneter Strukturen zur Umsetzung der Zieldefinition unter allfälliger Einrichtung einer effizienten (parlamentarischen) Kontrolle. Zur Zeit befindet sich das Vorhaben in einer Phase der Iststandserhebung und der Bedarfsanalyse. Aus diesem Grund ist derzeit eine Aussage über zukünftige Strukturen nicht möglich und ist derzeit nicht geplant, den gesetzlich festgelegten Rahmen der Zusammenarbeit zwischen BMI und BMLV zu ändern.

Zu den Fragen 8 und 9

Seit 4. Februar 2000 wurden aus dem Bereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung drei Mitarbeiterinnen, 1 A2, 2 v4, in das Bundesministerium für Inneres übernommen. Bei einem Mitarbeiter wurde ein bestehender Vertrag zwischen einem Amt der Landesregierung und dem BMLV übernommen. Darüber hinaus standen zum Zeitpunkt der Anfragestellung zwei Mitarbeiter auf Basis von Dienstzuteilungen in Verwendung.

Mir wurde mitgeteilt, dass dienstrechtlich im angefragten Zeitraum (seit 4.2.2000) nur eine Bedienstete vor ihrer Übernahme in mein Ressort einem der beiden Heeresdienste angehörig und dort im Sekretariatsbereich tätig war.

Zu Frage 10

Es findet gegenwärtig ein Austausch von Informationen zwischen den Heeresdiensten und der Staatspolizei im Bedarfsfall im Staatsinteresse statt. Hinsichtlich näherer Details bin ich gerne bereit, dazu im Ständigen Unterausschuss zum Innenausschuss Stellung zu nehmen.